

NEUSTADT-KURIER



30. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



Juni 1994

12. Juni: EURO-WAHL

Viele haben es noch gar nicht gemerkt – am 12. Juni finden die Wahlen zum Europa-Parlament statt. Die CSU ist dabei die einzige Regional-Partei, die es bisher geschafft hat, in Brüssel und Straßburg mit zu regieren. Sicher, Bayern ist nur ein kleiner Teil von Europa, aber gar nicht mehr mitbestimmen würde Bayern in die Bedeutungslosigkeit auf europäischer Ebene versinken lassen.

Nur durch eine große Wahlbeteiligung und ein deutliches Bekenntnis zur CSU kann auch im nächsten Europäischen Parlament wieder die Gruppe der CSU-Parlamentarier erfolgreiche Politik gegen den Zentralismus und für die Entscheidung in den Regionen betreiben.

Die Reaktion mancher Wähler, daß nämlich Europa weit weg ist und man sowieso nichts ändern könne, ist falsch. Vergessen wir nicht, daß aus dem gesicherten Feld der Europäischen Gemeinschaft die Wiedervereinigung Deutschlands gewaltlos erfolgen konnte. Vergessen wir auch nicht, daß gerade die Wirtschaft in unserem Bereich den europäischen Binnenmarkt braucht, um den heutigen Beschäftigungsstandard zu erhalten. Allein aus Deutschland werden täglich Waren für 1 Milliarde DM in der europäischen Gemeinschaft abgesetzt. Mit den engen Verflechtungen unserer Wirtschaft im gesamten europäischen Bereich ist unser Wirtschaftsstandort ohne europäische Beziehungen nicht mehr denkbar und auch nicht mehr machbar.

Auch die europäische Agrarpolitik hat trotz mancher Kritik und berechtigter Verärgerung bei den Bauern dazu beigetragen, daß Sicherheiten für den Absatz gegeben wurden und durch entsprechende Unterstützung der Bauern ein Überleben der bäuerlichen Landwirtschaft im Gegensatz zur Agrar-Industrie möglich wurde. 37 Milliarden DM wurden 1992 über den Agrarexport in die EU-Länder verdient. Vor 20 Jahren waren es nicht einmal ganz 5 Milliarden DM!

Auch Bayern profitiert mit seiner Landwirtschaft von der EU, wenn man weiß, daß die Selbstversorgung an Rindfleisch bei 220%, bei Getreide 114%, bei Zucker bei 195% und bei Käse (für die Coburger Molkerei sehr wichtig!) sogar bei 321%

liegt. Ohne die EU wäre die Landwirtschaft in Bayern gefährdet!

Es soll nicht verschwiegen werden, daß es eine Reihe von Kritikpunkten an der EU gibt. Dazu gehört insbesondere die umständliche und schwerfällige Bürokratie, die überzogenen gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen und vor allem auch die verschiedene Anwendung gleichen Rechts. Es darf natürlich nicht angehen, daß die deutschen Bauern Milchquoten akzeptieren müssen, während die Italiener dies einfach ignorieren und dafür noch mit weiteren Zugaben beschenkt werden. Es geht auch nicht an, daß die Umweltbestimmungen in Deutschland mit teurem Geld erfüllt werden, wenn in Italien oder Frankreich solche Vorschriften lediglich lächelnd zur Kenntnis genommen werden. Es kann nicht sein, daß in Brüssel die Bürokraten vorschreiben, daß die EU-Kläranlagen einen Wirkungsgrad von 90% und mehr er-

reichen müssen, während Brüssel selbst, aber auch Mailand und andere Großstädte überhaupt keine ordentlichen Kläranlagen der einfachsten Entwicklungsstufe besitzen!

Diese Verärgerung muß Aufgabe für die Politik sein, für die Zukunft solche unsinnigen Auswüchse und einseitigen Gesetzesauslegungen zu unterbinden!

Die Europäische Union ist für Deutschland lebenswichtig, sie hilft der Wirtschaft und unterstützt auch die Bauern. Unsere Jugend braucht die Europäische Entwicklung, damit ein weites Betätigungsfeld in Freiheit und in Eigenverantwortlichkeit entstehen kann. Bürokratie und Zentralismus werden abgelehnt, die CSU kann hier maßgeblich mitwirken.

Der CSU-Kandidat Andreas Müller (Forchheim) ist mit 28 Jahren einer der jüngsten Kandidaten, man kann von ihm ein volles Engagement für unsere oberfränkische Heimat erwarten. Deshalb bitten wir Sie am 12. Juni zur Wahl zu gehen und der CSU mit ihren erfahrenen und jungen Kandidaten das Vertrauen zu schenken!

-9-

Arme Gewerkschaft!

Die Gewerkschaft wurde gegründet und sah bisher ihren Zweck darin, daß sie für die arbeitende Bevölkerung Sprachrohr und Sammelbecken ist. Daß dies richtig und notwendig war, hat die Geschichte gezeigt.

Doch jetzt reibt man sich die Augen: Am höchsten Feiertag der Gewerkschaft, dem Tag der Arbeit, am 1. Mai also, wird, wie das über ein Jahrhundert (mit Ausnahme der Nazi-Zeit), üblich war, dieser Tag feierlich begangen. Namen wie Hans Böckler, Georg Leber u. a. haben heute noch einen guten Klang. Sicher, mittlerweile gab es auch einen Franz Steinkühler und Herrn Lappas. Dennoch war es bisher selbstverständlich, daß am Tag der Arbeit ein gestandener Gewerkschaftler die Festrede hielt.

Wie weit ist die Gewerkschaft schon gesunken, wenn nunmehr in Coburg ein Mann die Festrede hielt, der bisher lieber auf der Schulbank und in der Uni saß und von praktischer Arbeit keine Ahnung hat.

Wohin ist die Gewerkschaft gekommen, wenn sie (als Wahlhilfe?) solchen „Arbeitervertretern“ die Ehre der Festrede geben muß!

Vielleicht war es wirklich nur die Überlegung, daß die SPD massiv Wahlkampfhilfe braucht. Die Tatsache, daß die DGB-Führung offensichtlich jegliche Neutralität über Bord geworfen hat, zeigt, daß sie politisch einseitig geworden ist, keine Aushängeschilder mehr hat und nicht zu Unrecht ihr die Mitglieder davonlaufen. Schade um eine Arbeiterbewegung, die ihren Auftrag nicht mehr kennt!

-54-

CSU

Auflage: 7500 Stück

Verleger:

CSU-Stadtratsfraktion, vertr. d. d. Vorsitzenden J. Petrautzki

Herausgeber: J. W. Heike

Verantwortliche Redakteure:

A. Bätz, K.-D. Bätz, J. W. Heike, G. Knoch, F. Nachtigall, J.

Petrautzki, E. Protzmann, J. Sauer, U. Scheler, W. Thamm,

L. Weitz.

Heike bei Stoiber

Auf Einladung der CSU-Landtagsfraktion weilte der Stimmkreiskandidat Jürgen W. Heike zu einer Informationsklausur in München.

Im Maximilianeum begrüßte der Fraktionsvorsitzende der CSU, Alois Glück, die Anwesenden und berichtete über die momentane politische Arbeit im Landtag. Auch die Vorbereitung des Wahlkampfes wurde erörtert.

Breiten Raum in der Besprechung nahmen auch die Vorgänge um die Untersuchungsausschüsse im Landtag ein. Glück bezeichnete diese Legislaturperiode als die „Periode der Untersuchungsausschüsse“, wobei er davor warnte, dieses Instrument weiter zu nutzen, weil ansonsten die eigentliche politische Arbeit häufig leiden und aus zeitlichen Gründen auch unberechtigt verzögert werden könnte.

Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich seit den „Enthüllungen“ der bestimmten Zeitungen deshalb zugunsten der CSU gebessert, weil kaum ein Bürger noch Interesse an alten, aufgewärmten angeblichen „Skandalen“ hat, während die Tagespolitik, die Probleme, die heute wichtig sind, dadurch an den Rand gedrückt werden.

Die CSU, so Glück, habe es nicht nötig, sich auf Nebenkriegsschauplätze zu begeben. Sie habe seit Jahrzehnten gezeigt,



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber im Gespräch mit J.W. Heike nach der offiziellen Klausurtagung im Maximilianeum. Stoiber wünschte dem Kandidaten viel Glück und gab der Hoffnung Ausdruck, das Heike im nächsten Landtag die CSU-Politik mit vertreten werde.

daß sie im Interesse der Bürger ordentliche Politik mache, was sich letztendlich in der immer wieder erfolgten vertrauensvollen Übertragung der Regierungsverantwortung an die CSU durch die bayerische Bevölkerung darstelle.

Der ebenfalls anwesende Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber verwies darauf, daß man stolz sein könne auf das, was Bayern geschaffen habe. Nicht umsonst würden 80% der deutschen Bevölkerung auf die Frage, wo man leben wolle, wenn man nicht in seinem jetzigen Land leben würde, erklären, daß man am liebsten in Bayern leben wolle. Die Konjunkturda-

ten seien, so der Ministerpräsident, für Bayern positiv. Man habe die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Industrie, Politik und Arbeitnehmerschaft gewürdigt, die Beschäftigtenzahlen seien erfolgreich und letztendlich habe man trotz Rezession gemeinsam mit der Industrie weit über 300.000 neue Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren schaffen können. Auch im Bereich der Wohnungsnot habe man durch den bayerischen Zusatz-Förderweg erhebliche Erfolge erzielen können. Das Schlagwort „Wohnungsnot“ sei durch aktive Unterstützung der Politik in den Hintergrund getreten.

Im persönlichen Gespräch mit J.W. Heike erkundigte sich Stoiber über die Situation im Stimmkreis Coburg und wünschte dem Kandidaten viel Glück für die bevorstehende Wahl.

-81-

Wir stellen vor:

Gerhard Amend

Zweitstimmenkandidat für den Landtag

Die bayerische Wahlordnung sieht vor, daß für den Landtag jeweils ein Direktkandidat und ein Zweitstimmenkandidat einer Partei für einen Stimmkreis aufgestellt werden können.

Die CSU hat auch in diesem Jahr wieder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht und Gerhard Amend aus Coburg hierfür vorgeschlagen.

Gerhard Amend ist 44 Jahre alt und mit der Neustadter Rechtsrätin Gabriele Amend verheiratet. Von Beruf ist er Jurist und Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft in Coburg.

Nach dem Abitur in Coburg und dem erfolgreichen Studium in Erlangen absolvierte er die zwei juristischen Staatsexamen, um dann ins Umweltministerium nach München zu wechseln. Nach seiner weiteren Tätigkeit als Staatsanwalt in Bamberg und Coburg wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe, wo er nach drei Jahren wieder in seine heimischen Gefilde zurückkam. Nachdem er zunächst Amtsrichter in Lichtenfels wurde, ließ er sich als Ausbildungsleiter für Rechtsreferendare nach Chemnitz abordnen. Nach mehr als einem Jahr Wirkungszeit in Chemnitz kehrte er im Frühjahr 1994 wieder nach Coburg zurück und ist nunmehr dort Staatsanwalt als Gruppenleiter.

Von Jugend auf politisch engagiert, wurde er zunächst Ortsverbandsvorsitzender in Coburg, schließlich stellvertretender Kreisvorsitzender und jetzt Stadtrat in Coburg.

Seine Hobbys sind klassische Musik und die Kommunalpolitik. Etwas, was man ihm eigentlich gar nicht zutraut, macht er jedoch leidenschaftlich gerne: Er ist geprüfter DFB-Schiedsrichter und als solcher auf vielen Sportplätzen in Oberfranken bekannt.

-10-

Der Gehregrund — Irrweg der SPD

Durch die kontinuierliche Arbeit und dem ausdauernden Einsatz der Eigentümer wurde der Gehregrund in Wildenheid zu einem der landschaftlich schönsten Gebiete in Neustadt. Der Einsatz der Eigentümer soll nun seit geraumer Zeit dadurch „belohnt“ werden, daß der „Gehregrund“ als geschützter Landschaftsbestandteil unter Schutz gestellt und die Eigentümer mit Auflagen belegt werden. Auf dem Punkt gebracht heißt dies: Derjenige der sorgsam und pfleglich mit der Natur umgeht, wird deswegen auch noch „bestraft“! Wie sollte es anders sein, auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion.

Chronologie:

- 21.09.87 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion den Gehregrund als Naturschutzgebiet auszuweisen.
- 19.01.88 Beschluß des Stadtrates die Unterschutzstellung beim Landratsamt Coburg zu beantragen.
- März 90 Nachfrage beim Landratsamt aufgrund einer Stadtratsanfrage von SPD-Stadträtin Stegner-Kleinknecht.
- 13.12.90 Aufnahme des Unterschutzstellungsverfahrens durch die

Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Coburg.

- 22.01.93 1. Verordnungsentwurf durch das Landratsamt.
- 16.03.93 Erörterungstermin in Wildenheid.
- 18.03.93 Stellungnahme des Umweltsenates der Stadt Neustadt/Cbg.
- 03.03.94 Anfrage des Landrats ob der Unterschutzstellungsantrag der Stadt Neustadt aufrechterhalten werden soll.
- 13.04.94 Empfehlung des Umweltsenates an den Stadtrat den Antrag vom 27.01.88 zurückzunehmen.

Der Antrag auf Unterschutzstellung wurde 1988 mit der absoluten Mehrheit der SPD beschlossen. Die betroffenen Bürger haben sich schon damals gegen eine Unterschutzstellung gewehrt. Erst die neuen Mehrheiten im Stadtrat konnten einen Beschluß des Umweltsenates herbeiführen, der dem Stadtrat empfiehlt den Antrag auf Unterschutzstellung zurückzunehmen. Eine Entscheidung wäre am 9. Mai 1994 schon gefallen, hätte die SPD-Fraktion nicht den Antrag auf Vertagung gestellt. Offensichtlich sucht die Fraktionsführung der SPD nach einem Weg, sich im Anbetracht des Wildenheider Bürgerprotestes elegant aus der Affäre zu ziehen.

-2-

Getroffene Hunde

Da gibt es doch ein Sprichwort, das sagt, daß getroffene Hunde bellen. Getroffen hat offensichtlich der Neustadt-Kurier in seiner letzten Ausgabe gewisse Kreise in der SPD.

Diejenigen, die zwar immer wieder laut schreien, dabei immer wieder des Irrtums überführt werden und trotzdem nicht daraus lernen, haben sich wieder zu Wort gemeldet. Vergessen wir nicht, daß die SPD-Ortsvorsitzende Heike Stegner-Kleinknecht und ihr Stadtratsfraktionsvorsitzender Walter Knauer immer wieder zeterten, daß der schöne Muppberg „verschandelt und vernichtet“ würde. Grund für dieses Geschrei war die Schaffung eines Ringverkehrs von und zur Klinik im Seilersgründchen. Seit dem Bau dieser Klinik gab es eine Vorschrift, die verlangte, daß eine sichere Zu- und Abfahrt in Katastrophenfällen gewährleistet werden muß. Seit dem Bau des Krankenhauses gab es auch eine Vorschrift bezüglich der Schaffung von Parkplätzen. Doch solange die SPD ihre absoluten Mehrheiten hatte, geschah dort nichts. Hätte es wirklich einmal eine Katastrophe gegeben, z. B. ein Feuer, so wäre die Katastrophe im wahrsten Sinne des Wortes perfekt gewesen: Die verstopfte einzige Zufahrt hätte eine Mausefalle bedeutet, wenn Feuerwehr und Krankenwagen die gleiche Straße hätten benutzen müssen. Auch bei schweren Unfällen, die es ja schon gegeben hatte, war das Nadelöhr des Krankenhauses immer ein Problemfall.

Erst nach der „Wende“ in der Neustadter Kommunalpolitik wurde endlich die vernünftige und notwendige Anbindung des Krankenhauses über die Gabelsbergerstraße fortgeführt, was logisch, folgerichtig und vor allem notwendig war. Wer heute diese Straße fährt, kann sich gar nicht vorstellen, daß es hier eine Blockadepolitik der SPD über Jahrzehnte gegeben hat.

Welche herrlichen Blüten die Verteidigung der Mausefallen-Praxis die SPD an den Tag legte, zeigte insbesondere auch Stadtrat Staude (er hat keine PKW-Fahrerlaubnis!), der wetterte, daß man bei der Schaffung einer solchen Straße eine „Neustadter Avus“ schaffen würde. Auch er, wie seine vorgenannten Parteikollegen, irrte sich. Abgesehen von den notwendigen und nunmehr in reichlicher Zahl vorhandenen Parkplätzen, ist die reibungslose An- und Abfahrt für alle Besucher und Patienten möglich. Nicht zu vergessen, die Vernichtung des Muppbergs fand nicht statt! Sogar der Landrat Karl Zeitler (SPD) hat deutlich gemacht, daß die unsinnige Regelung, wonach zwischen den Parkplätzen noch

Bäume angepflanzt werden sollen, von ihm nicht unbedingt für notwendig erachtet werde. Wenn diese Bäume anderweitig, wo sie wirklich gebraucht werden, gepflanzt werden, wäre er damit auch einverstanden! Eine wahrhaft unbürokratische und vernünftige Lösung eines unsinnigen Problems, wonach die Stadt gezwungen worden wäre, zwischen die Parkplätze für teures Geld Bäume zu pflanzen, die letztendlich nur beim Parken gestört und von den Fahrzeugen beschädigt worden wären. Hoffen wir, daß damit das leidige Thema des Miesmachens der Rettungszufahrt für die Klinik und den Ausbau der Gabelsbergerstraße hierfür endlich beendet ist!

-63-

Walter Thamm

neuer CSU-Stadtrat

Walter Thamm ist seit dem 18. April 1994 neuer Stadtrat. Er wurde 1949 in Buchenrod geboren. Die Volksschule besuchte er in Großheirath. (Unser verdienter Landtagsabgeordneter und Vizepräsident des Landtags, Siegfried Möslein, war jahrelang sein Klassenlehrer.) Nach der Volksschule wechselte er in die Landwirtschaftliche Berufsschule in Coburg über und besuchte anschließend zwei Jahre lang die landwirtschaftliche Fachschule.

Parallel zur Berufsschule absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre mit abgeschlossener Berufsausbildung.

1969 heiratete er die Tochter des damaligen Fürther Bürgermeisters Siegfried Rüger und verlegte seinen Wohnsitz in den Neustadter Stadtteil Fürth am Berg. Walter Thamm ist glücklicher Vater von drei Kindern. Sein Sohn Ralf ist bereits aktiv in der Landwirtschaft tätig. Dadurch ist es Herrn Thamm möglich, seinen Aufgaben als Stadtrat in vollem Umfang nachzukommen.



Walter Thamm beteiligt sich äußerst aktiv am örtlichen Vereinsgeschehen. Er gehört dem Obst- und Gartenbauverein an, ist Mitglied beim Fürther Heimatverein, wurde zum BBV-Ortsobmann gewählt, seit drei Jahren ist er Mitglied des Aufsichtsrates der Gewerbebank Coburg-Sonneberg und seit 18 Jahren leitet er die Gescheicke der Fürther Feuerwehr als 1. Vorsitzender.

Schon als junger Mann sympathisierte er mit den Richtlinien und Zielen der CSU, schloß sich als 20-jähriger der Partei an und war Gründungsmitglied der Jungen Union Neustadt, die er auch später mehrere Jahre als Ortsvorsitzender leitete. Gleichzeitig gehörte er dem Kreisvorstand der Jungen Union an. Nach dem altersbedingten Ausscheiden aus dieser Organisation engagierte er sich in der CSU, und die Wahl in die Vorstandschaft zeigt das große Vertrauen, daß er bei den Mitgliedern genießt. Bei der letzten Stadtratswahl wurde er auf Platz 15 gesetzt. Es kann als ein großer Erfolg betrachtet werden, daß ihn die Bürger auf Platz 12 vorwählten und er die direkte Wahl in den Stadtrat nur knapp verfehlte. So war er erster Ersatzmann und hat durch die berufliche Veränderung des 2. Bürgermeisters Häfner seine Chance erhalten.

Walter Thamm wird sich mit allen Kräften für die Belange der Stadt und auch für das Wohl der Bürger in den verschiedenen Stadtteilen einsetzen.

-4-



Unsinnige Erdstreifen zwischen den Parkplätzen am Krankenhaus sind das Ergebnis der angeblich notwendigen Schaffung von Baumbestand mitten im Muppberg. 20 000 DM sollten für Pflanzung und Pflege aufgewendet werden: Jetzt scheint man doch ein Einsehen zu haben und auf diesen teuren Unsinn zu verzichten.

10 Jahre Frauen-Union

Es war ein schöner Festabend, den die Frauen-Union ausgerechnet am Abend des Vätertages ausrichtete. Elke Protzmann konnte allerdings als FU-Vorsitzende nicht nur ihre Mitglieder begrüßen, sondern auch eine stattliche Anzahl von Männern. Die Hauptrednerin des Abends, Bundesministerin a. d. Gerda Hasselfeldt (Fürstenfeldbruck), konnte mit ihrem sachlichen, fundierten Vortrag die Zuhörer überzeugen. Die Politik für die Frau ist für die FU ein Teil ihrer politischen Arbeit. Die Familienpolitik ist für die FU-Landesvorsitzende von besonderer Bedeutung. Der Hinweis auf die Schaffung von Anreizen für Teilzeitarbeit, die insbesondere für Mütter interessant sei, aber auch der Schutz des ungeborenen Lebens und die Unterstützung für die Eltern durch Schaffung von Kindergartenplätzen, Beibehaltung des breitgefächerten Schulangebotes und die Unterstützung des partnerschaftlichen Familienlebens sind durch politische Maßnahmen unterstützt worden, die insbesondere von der FU und ihren Mitgliedern in die parlamentarische Arbeit eingebracht wurden.

Ein besonderes Wort hatte die Bundestagsabgeordnete für ihren langjährigen politischen Wegbegleiter und Freund, dem CSU-Landtagskandidaten Jürgen W. Heike parat. Sie beschrieb, wie man sich im Landesvorstand der JU kennengelernt hatte und wie man gemeinsam so manche politische Ziele verwirklicht hat, die vorher kaum durchsetzbar erschienen. Sie dankte an dieser Stelle für die gute, treue Zusammenarbeit mit dem Kandidaten und wünschte ihm alles Gute für die Wahlen im September.

Aber auch Elke Protzmann, die Neustadter FU-Vorsitzende konnte ein dickes Lob von der Landesvorsitzenden entgegennehmen:



Fachgespräche führte Neustadts 2. Bürgermeister Leonhardt Weitz am Rande der FU-Geurtstagsfeier mit MdB Gerda Hasselfeldt. Er erkundigte sich dabei auch nach Gesundheitszentren und den Erfahrungen hiermit.

„Wenn jemand 10 Jahre lang eine Gruppierung wie die FU leitet und dann immer noch Freude an der Arbeit hat, zeugt dies von guter Arbeitsauffassung und viel Fleiß!“

Elke Protzmann ihrerseits bedankte sich bei der Referentin mit einem Plüschtiger aus heimischer Erzeugung und einem T-Shirt aus Neustadt.

Eine besondere Überraschung hatte sie für den CSU-Kreisvorsitzenden J.W. Heike noch parat:

Er erhielt für seine unermüdliche Arbeit auch und gerade für die Frauen-Union einen Picknick-Korb, damit er auch unterwegs nicht hungern müsse.

Die Landesvorsitzende und der CSU-Kreisvorsitzende ehrten gemeinsam die noch lebenden Gründungsmitglieder, wobei J.W. Heike mit sehr persönlichen Worten die einzelnen Damen vorstellte und sich bei ihnen für die Zusammenarbeit mit der Mutterpartei recht herzlich bedankte. Die FU, so deren Vorsitzende, wird in der bevorstehenden Wahlkampfzeit kräftig mitarbeiten und gemeinsam mit den ebenfalls anwesenden Verbänden aus Ebersdorf, Rödental, Grub und Seblach für den CSU-Kandidaten kräftig werben.

-33-



Neben einem Plüschtiger erhielt Gerda Hasselfeldt von der FU-Vorsitzenden ein Original-Neustadt-T-Shirt, während J.W. Heike ein Buch über die Grenzöffnung überreichte. Auch OBin Irene Dr. Schneider-Böttcher (2. v. l.) war anwesend.

„Zu guter Letzt“

Humorlos

Wie lächerlich man sich machen kann, wenn man keinen Humor (mehr) hat, zeigte die Vorsitzende der Grünen in Coburg.

Rita Poser hat doch allen Ernstes durch ihre übereifrige Arbeit gegen alles und jeden einen Aprilscherz ernstgenommen: Die Bundespost hatte am 1. April verkündet, daß die Briefmarken mit einem grünen Punkt versehen würden. Daraufhin wurde die Obergrüne aktiv:

Beschwerdebrief ans Postministerium, Öffentlichkeitsarbeit in den Zeitungen und vieles mehr, sollte zeigen, wie eifrig die Grünen zu kämpfen versteht. Peinlich nur, daß es halt nur ein Aprilscherz war!

-9-